

Prof. Dr. Manfred Wilke

Die Gründung der DKP als Entscheidung des SED-Politbüros

Referat auf der Veranstaltung der Point Alpha Akademie und der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung 23./24. November 2012: „Operationsgebiet Bundesrepublik die Einflussversuche der SED in Westdeutschland“

I.

Die Teilung unseres Landes in zwei Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine eigenständige Periode der deutschen Geschichte. Den verzahnten Beziehungen beider Teilstaaten lag ein Systemkonflikt über die politische, soziale und ökonomische Ordnung für Deutschland nach 1945 zu Grunde.

Die kommunistische Staatspartei der DDR, die SED war durch ihre „Bruderparteien“ Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Sozialistische Einheitspartei Westberlin (SEW) als Akteur in der Innenpolitik der Bundesrepublik und West-Berlins immer präsent. Dieses Faktum war eine systembedingte Anomalie in den Beziehungen der beiden deutschen Teilstaaten bis 198; da umgekehrt keine der demokratischen Parteien der Bundesrepublik über eine vergleichbare politische Plattform in der DDR verfügte. Im Oktober 1986 im Vorfeld der Bundestagswahl 1987 empfing der sowjetische Parteichef Michail S. Gorbatschow die drei Vorsitzenden der kommunistischen Parteien in Deutschland. Ihm gegenüber betonte Erich Honecker, der Generalsekretär der SED im Blick auf die beiden anwesenden Vorsitzenden von DKP und der

Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW), „im Grunde sind wir ja eine Partei in drei Ländern.“¹ Die SED, betonte er, führe „einen aktiven Dialog mit den Sozialdemokraten. So haben wir auf die Bitte ihres Parteivorsitzenden Willy Brandt „sämtliche Kandidaten der SPD für die Landtagswahlen empfangen. Somit spielen unsere Parteien eine Vorreiterrolle beim Zusammenführen aller progressiven Kräfte in Deutschland.“ Als Beleg für seine Behauptung führte Honecker schließlich an, dass die Sozialdemokraten gezwungen sind „uns anzuerkennen.“²

Im Gegensatz zu den Möglichkeiten der Kommunisten in einem demokratischen Rechtsstaat versuchte die SED durch geschlossene Grenzen, der Diskriminierung und Verfolgung Andersdenkender den eigenen Machtbereich von westlichen Einflüssen abzuschotten.

Mein Vortrag ist ein Beitrag zu dieser Konfliktgeschichte.

II. Innerdeutsche Beziehungen oder Systemkonflikt ?

Politik beginnt mit ihrer Sprache. Wie ein Sachverhalt bezeichnet wird, ist alles andere als gleichgültig. In den 40 Jahren der Teilung fand in der Bundesrepublik eine Verschiebung der Wahrnehmung der innerdeutschen Beziehungen statt. Bis zum Bau der Berliner Mauer 1961, der die Verhandlungen der vier Siegermächte über Deutschland endgültig beendete, wurden besonders der Systemkonflikt zwischen Demokratie und kommunistischer Diktatur betont und man sprach über gesamtdeutsche Fragen. Nach den Ostverträgen der Bundesrepublik mit

¹ Vermerk über das Gespräch des Genossen Gorbatschow, mit dem Genossen Erich Honecker, Herbert Mies Vorsitzender der DKP, Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW am 3. Oktober 1986 in Moskau, in: Daniel Küchenmeister (Hg.): Honecker Gorbatschow, Berlin 1993, S. 117

² Gespräch Gorbatschows mit den Staatsratsvorsitzenden Honecker, dem DKP-Vorsitzenden Mies und dem SED-Vorsitzenden Schmitt am 3. Oktober 1986, in: Alexandr Galkin, Anatoli Tschernajew (Hg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, übersetzt von Joachim Glaubitz, Deutsche Ausgabe, hrsg. Helmut Altrichter, Horst Möller, Jürgen Zarusky, kommentiert von Andreas Hilger, München 2011, S. 21

der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei folgte 1973 auch der Grundlagenvertrag mit der DDR. Die Bundesregierung nannte ihr gesamtdeutsches Ministerium um, es hieß nunmehr „Ministerium für innerdeutsche Beziehungen“. Diese offizielle Sprachregelung wurde bis 1989 in Politik, Publizistik und Wissenschaft zum vorherrschenden terminus technicus. Diese Begrifflichkeit entsprach dem Miteinander beider Staaten in der Teilung und überlagerte gleichzeitig den ungelösten Systemkonflikt. Die westliche Deutschlandpolitik in dieser Phase konzentrierte sich pragmatisch auf menschliche Erleichterungen im Reiseverkehr, den innerdeutschen Handel, den Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR und die Berichterstattung über das andere Deutschland. Allerdings hat keine Bundesregierung die Präambel des Grundgesetzes geändert, die als Staatsziel die deutsche Einheit in einem vereinten Europa forderte.

Die SED hatte mit ihrem Begriff der „friedlichen Koexistenz“ kein Problem, beide Seiten der Beziehungen miteinander zu vereinbaren. Friedliche Koexistenz in Deutschland bedeutete für die Kommunisten ideologisch weiterhin Klassenkampf gegen die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik mit dem Ziel ihrer sozialistischen Umgestaltung. Der innerdeutsche Handel und Reiseverkehr mit der Bundesrepublik wurden dagegen als Auslandsbeziehung klassifiziert.

Die Formel von den innerdeutschen Beziehungen beschrieb zugleich die Normalität deutsche Zweistaatlichkeit für eine ganze Generation, die mit ihr aufwuchs. Die Vorstellung eines geeinten Deutschlands verblasste und die Forderung nach Wiedervereinigung verschwand fast gänzlich aus dem öffentlichen Diskurs. Das wurde deutlich beim Mauerfall in Berlin am 9. November 1989, als viele westdeutsche

Politiker und DDR-Experten überrascht waren, wie virulent auf einmal die nationale Frage in Deutschland wurde.

III. Zur Geschichte des Systemkonflikts während der Teilung

Auf zwei innerdeutschen Systemkonflikten vor 1968 soll kurz hingewiesen werden, um die Präsenz des ordnungspolitischen Gegensatzes zwischen beiden Staaten zu belegen. Beiden Konflikten war gemeinsam, dass es immer um die Selbstbehauptung der westdeutschen Demokratie gegenüber dem sowjetischen Imperium und um die Loyalität zum westlichen Bündnis ging. Da sie die Mitte Europas betrafen, waren sie für den Ausgang des Ost-Westkonflikts von weltpolitischer Bedeutung. Eine weitere Gemeinsamkeit dieser exemplarischen Beispiele war die politische Einmischung der kommunistischen Staatspartei der DDR, in die Innenpolitik der Bundesrepublik. Es waren deshalb nicht nur zwischenstaatliche Konflikte, sondern sie wurden innenpolitisch in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragen. Träger dieser politischen Auseinandersetzung waren die Interessenvertreter der SED in der Bundesrepublik, die KPD, die DFU und schließlich die 1968 gegründete DKP:

Der erste Konflikt: Der Kampf um die Verhinderung der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ab 1950 und ihre Beitritt zum westlichen Bündnis. Die Intervention von SED/KPD durch außerparlamentarische Massenproteste die Aufstellung einer westdeutschen Armee zu verhindern und die amtierende

Bundesregierung von Konrad Adenauer durch solche Aktionen zu stürzen, wurde zum politischen Fiasko und endete mit dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) in der Bundesrepublik.

Der zweite Konflikt: Die beiden deutschen Staaten wurden 1955 (unbeschadet alliierter Restvorbehalte) souverän. In der Weltpolitik standen die Zeichen auf Entspannung des Ost-West-Konflikts in Europa. Der Kampf in den Jahren 1956 bis 1969 wurde von der SED nun um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik und um die Relegalisierung der KPD geführt. Dramatischer Höhepunkt dieses Ringens war der Bau der Berliner Mauer 1961, die zum Symbol der Teilung wurde.

Der Prozess der Wiederzulassung einer kommunistischen Partei vollzog sich in zwei Etappen und war Teil des politischen Klimawechsels in der Bundesrepublik. Beide Ziele konnte die SED im Ergebnis weitgehend erreichen.

IV. Der Kampf um die Anerkennung der DDR nach dem Bau der Mauer in Berlin 1961

1952 beschloss mit Billigung durch Stalin die III. Parteikonferenz der SED den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR - ohne auf die Entwicklung der Bundesrepublik weiter Rücksicht zu nehmen. Nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 verlangte die Sowjetunion in den internationalen Verhandlungen über Deutschland die Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat.

Um die Existenz der DDR zu sichern, erlaubte der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita S. Chruschtschow acht Jahre später am 20. Juli 1961 Ulbricht, in Berlin die Mauer zu errichten, um die Massenflucht aus der DDR zu beenden.

Gleichzeitig vollzog die SED eine Wende in ihrer Deutschlandpolitik, Parolen wie „Deutsche an einen Tisch“ verschwanden und wurden abgelöst von der Forderung nach Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik. Ziel der SED-Westarbeit wurde nun die Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses in der Bundesrepublik, um die Anerkennung ihres Staates gesellschaftlich und politisch durchzusetzen. Fester Bestandteil dieser neuen „Westpolitik“ der SED war die Forderung nach Relegalisierung der KPD als legaler Interessenvertretung der DDR-Staatspartei in der Bundesrepublik, um durch sie direkten Einfluss auf innenpolitische Prozesse nehmen zu können.

V. Eine „Friedenspartei“ für die Bundesrepublik - Gründung der Deutschen Friedens Union 1960

1960 also vor der Bundestagswahl 1961 reorganisierte die SED ihre „Westarbeit“. Als ersten Schritt ihrer neuen Politik gegenüber Westdeutschland organisierte die SED eine „Friedenspartei“, die den Kommunisten als legale Plattform dienen sollte. Da die KPD selbst nicht öffentlich auftreten konnte, wurden ihre in der Illegalität verbliebenen 6000 Mitglieder als Personen aktiviert. Im Rahmen der „Friedenspartei“ wurde somit der KPD ein halb legales Auftreten möglich. Als Konkurrenz zur SPD sollte diese „Friedenspartei“ bei der Bundestagswahl 1961 antreten, um zur Änderung der Politik in Westdeutschland beizutragen. „Wir müssen erreichen, daß die Bonner Regierung zu einer Politik der Verständigung übergeht. Auf diese Weise erreichen wir, daß der Kampf um die allgemeine und vollständige Abrüstung und die Neutralität Deutschlands in den Mittelpunkt der Wahlkampagne in Westdeutschland kommt. Wir wollen die Pläne der rechten sozialdemokratischen Führer durchkreuzen, die während der Wahlen die Adenauer-Regierung im

Bezug auf Revanchismus und Chauvinismus übertrumpfen möchten und den Wahlkampf in der Hauptsache mit sozialpolitischen Fragen führen wollen.“³ Diese Zeilen schrieb SED-Chef Ulbricht dem sowjetischen Parteichef Nikita S. Chruschtschow noch vor Gründung der Deutsche Friedens Union.

Öffentlich betrat die „Deutsche Friedens-Union“ (DFU) die politische Bühne am 17. Dezember 1960 in Stuttgart als Sammlungspartei der „Friedenskräfte“. Zwei Ziele wollte die DFU im Bundestagswahlkampf 1961 vorrangig vertreten: die Ablehnung der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr und die Verständigung der beiden deutschen Staaten durch Anerkennung der DDR und Verhandlungen mit ihr.

Die Forderung nach Verhandlungen mit der DDR war damals ein Alleinstellungsmerkmal der DFU, sie trat demonstrativ als „Anerkennungspartei“ für die DDR auf. Dieses Ziel entsprach dem zentralen Interesse der SED, die ihre Gründung vorbereitet hatte. Als Union der Friedensfreunde konnten in der DFU auch Menschen aktiv mitarbeiten, die keine Mitglieder waren. Die SED forderte die KPD auf, die „fortschrittlich-demokratischen Kräfte der westdeutschen Intelligenz und Bourgeoisie in die Sammlungsbewegung aller Friedenskräfte Westdeutschlands einzubeziehen.“⁴

Aus taktischen Gründen wollte die SED nicht, dass die DFU sozialistische Forderungen erhob. Sie sollte ein Minimalprogramm vertreten, sprachlich angepasst an die Vorstellungswelt des bürgerlichen

³ Walter Ulbricht an Nikita S. Chruschtschow, Berlin 22.11.1960, zitiert nach: Manfred Wilke: der Weg zur Mauer, Berlin 2011, S. 267

⁴ Kommission für die gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro der SED: „Zur Politik der rechten SPD- und DGB-Führer, Juni 1961, SAPMO-Barch, IV 2/2028/25. Der Moskauer Auftrag zu dieser Politik war im September-Heft 1960 der internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ zuvor sogar öffentlich gemacht worden, wenn es hieß: „Das vor den Friedenskämpfern stehende Problem lässt sich einfach formulieren: Wie verwandelt man das, was vorläufig nur der individuelle Friedenswille ... ist, in eine organisierte politische Kraft...“, zitiert nach: DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen: Kommentar zur Politik der DFU, Bonn 1963

Milieus, welches man für die Politik der „Verständigung“ gewinnen wollte. Eines allerdings mussten die „bürgerlichen Kreise“ sofort hinnehmen: Mitglieder der verbotenen KPD bekamen in den Reihen der DFU eine legale Plattform für ihr politisches Wirken, sie besetzten Schlüsselstellen im Parteiapparat der DFU.

Nach außen trat die DFU aber als bürgerlich-oppositionelle Kraft auf. Ihre Repräsentanten lehnten aus Überzeugung die Westbindung der Bundesrepublik ebenso ab wie ihre Mitgliedschaft in der NATO. Die Alternative für die Bundesrepublik suchten sie in der Verständigung mit dem Osten. Viele bürgerliche Mitglieder wollten ein neutrales Gesamtdeutschland. „Vermutlich waren sich viele Persönlichkeiten nicht bewusst, wie intensiv die SED die DFU inhaltlich, personell und finanziell steuerte. Mit Karl Graf von Westphalen und Manfred Pahl-Rugenstein saß die DDR-Staatssicherheit mit an ihrem Gründungstisch. Eine weitere indirekte Führung der DFU fand durch die illegale KPD statt. Der Kommunist Hermann Gautier erstattete direkt Bericht nach Ost-Berlin.“⁵ Selbstverständlich wurden damalige Presseberichte über den Einfluss von SED und KPD auf die DFU mit „Empörung“ zurückgewiesen, obwohl sie ein offenes Geheimnis waren.

Die Hoffnung Ulbrichts auf einen Wahlerfolg der DFU bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 erfüllte sich nicht, seine „Friedenskräfte“ zogen nicht in den Bundestag ein.

VI. „Weg mit dem KPD-Verbot“ - die Gründung der DKP

Das Auftreten von Kommunisten in den Gewerkschaften, der Anti-Atombewegung, der DFU und in intellektuellen Zirkeln in und außerhalb der Universitäten trug dazu bei, dass in den sechziger Jahren in der

⁵ Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961- „Arbeit nach Westdeutschland“, Berlin 1999, S. 310f.

Bundesrepublik eine Diskussion über die Aufhebung des KPD-Verbots begann. Gefördert wurde die Debatte durch den bereits 1955 gegründeten „Initiativausschuss für Amnestie und Verteidigung in politischen Strafsachen“. In den Veranstaltungen des Initiativausschusses ging es sowohl um die Frage der Relegalisierung der KPD als auch um eine Reform der Staatsschutzgesetze von 1951. Die Reformforderung wurde untermauert durch die öffentliche Debatte über die nationalsozialistische Vergangenheit vieler Staatsanwälte und Richter in der Bundesrepublik, die an Todes- oder sonstigen Terrorurteilen in Deutschland oder in den im Krieg von Deutschland besetzten Ländern beteiligt gewesen waren. Sie saßen nun erneut über Kommunisten zu Gericht, die als Widerstandskämpfer gegen Hitler von ihren Kollegen während der nationalsozialistischen Diktatur bereits in die Zuchthäuser und Konzentrationslager des Regimes geschickt worden waren. Die Medien thematisierten in diesen Jahren die politische Justiz in der Bundesrepublik und die Vergangenheit ihres Personals.⁶

Einen politisch entscheidenden Schub bekam diese Debatte in der Bundesrepublik durch die Diskussion um eine neue Ostpolitik der Bundesrepublik, die die DDR-Anerkennung einschließen musste. So beantwortete die SPD im Februar 1966 erstmals 20 Jahre nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED in der SBZ einen offenen Brief der SED. Die Sozialdemokraten boten den Kommunisten eine offene Debatte an. Beide Parteien vereinbarten einen Redneraustausch, auch wenn dieser nicht zu Stande kam, so begann ein Tauwetter. Helmut Schmidt formulierte für den SPD-Parteitag 1966 Thesen zu einer neuen Deutschlandpolitik, „unter den sich ändernden weltpolitischen Bedingungen.“ Kern seiner Ausführungen war der

⁶ Vgl. stellvertretend für viele Publikationen: Lutz Lehmann: Legal und opportunist, Politische Justiz in der Bundesrepublik, Frankfurt 1966

Abschied von der Illusion einer baldigen Wiedervereinigung. Die neue Aufgabe westdeutscher Deutschlandpolitik sollte es sein, unter Nutzung der sich abzeichnenden Entspannung zwischen den bipolaren Weltmächten, mit der DDR unterhalb der Schwelle der völkerrechtlichen Anerkennung auch durch Zugeständnisse, „Möglichkeiten der Verbesserung der innerdeutschen Situation“ zu prüfen.⁷

Schließlich befasste sich der Deutsche Bundestag mit der Novellierung des politischen Strafrechts. Die SPD-Fraktion legte schon im Dezember 1965 einen entsprechenden Gesetzentwurf vor. „Er enthielt die ersatzlose Streichung der meisten Straftatbestände des Abschnitts ‚Staatsgefährdung‘ sowie die Einschränkung von einigen Tatbeständen, die nichts mit Hoch- und Landesverrat im eigentlichen Sinne zu tun hatten. Die Kontakt- und Meinungsdelikte entfielen gänzlich.“⁸ Erst als Justizminister der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD konnte Gustav Heinemann 1968 diese Reform im Bundestag durchsetzen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der außerparlamentarischen Opposition und ihren Demonstrationen und Protestkampagnen 1967/68. Vor allem die sogenannten „Osterkrawalle“ als Reaktion auf das Attentat auf Rudi Dutschke 1968, führten zu einer Amnestie für Vergehen gegen das politische Strafrecht. All Reformen geschahen rechtzeitig vor der Neukonstituierung der DKP im September 1968. Außenpolitisch beförderte ein anderes Ereignis die Debatte um die Legalisierung einer kommunistischen Partei der Bundesrepublik.

⁷ Vgl. Wilhelm Mensing: Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe, Osnabrück 1989, S. 24-25

⁸ Dieter Posser: Gab es „politische Strafverfolgung“ in der Bundesrepublik Deutschland in den frühen 50er und frühen 60er Jahren, und wie wurde die Problematik von der SED instrumentalisiert?, In: Deutscher Bundestag (Hg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages); acht Bände in 14 Teilwänden, Bd. VIII,3, Baden-Baden 1999, S. 2243

Im April 1967 unterstützte die Karlsbader Konferenz von 25 kommunistischen Parteien Europas SED und KPD im Kampf um die Relegalisierung der KPD. Die Konferenz forderte die Aufhebung des KPD-Verbots. Die regierenden Parteien der sozialistischen Staaten einigten sich darauf, dass kein weiteres Land diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufnehmen werde, bevor diese nicht die DDR anerkannt hatte. Das war auch eine Reaktion auf den Schritt Rumäniens, das mit der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte. Zugleich war es ein Riegel für die neue Ostpolitik der Bundesrepublik, die bei der Normalisierung ihrer Beziehungen zu den mittelosteuropäischen Ländern die DDR bewusst ausgeklammert hatte. Das KPD-Verbot war von der Sowjetunion und der DDR nun zum außenpolitischen Stolperstein für die Bundesrepublik erklärt worden.

Die ständige Konferenz der Innenminister des Bundes und der Länder befasste sich nach der Karlsbader Konferenz im Sommer 1967 mit dem Thema KPD-Verbot, das mittlerweile auch die politischen Parteien diskutierten. Die Innenminister einigten sich auf eine Formel: „Alte KPD mit verfassungswidrigen Zielsetzungen - nein. Neue KPD mit verfassungskonformen Zielsetzungen - ja.“⁹

Die KPD lehnte diesen Vorschlag ab und beharrte auf der Wiedezulassung ihrer Partei. Mit einer Aktion im Februar 1968 in Frankfurt versuchten sie, Fakten zu schaffen. Sie wollten den Entwurf eines neuen KPD-Programms öffentlich vorstellen. Die Veranstaltung wurde von der Polizei aufgelöst. Die Linie der Innenminister galt. Innenpolitisch war der Auftritt eine Episode am Rande, das neue KPD-Programm fand weniger Interesse als die Polizeiaktion. Beherrscht wurden Politik und Öffentlichkeit im Frühjahr 1968 durch die Aktionen der

⁹ Wilhelm Mensing: Nehmen oder Annehmen. Die verbotene KPD auf der Suche nach politischer Teilhabe, Osnabrück 1989,S,48.

Studentenbewegung, die sich in ihrem harten Kern als sozialistisch verstand und die Renaissance marxistischen Denkens in der Bundesrepublik betrieb. Die KPD-Funktionäre segelten gewissermaßen im Windschatten dieser originären Protestbewegung und wollten sie für ihre Zwecke nutzen.

In der Bundesrepublik war für das Zustandekommen der DKP-Gründung wohl der 4. Juli 1968 entscheidend. An diesem Tag empfingen Bundesjustizminister Heinemann und sein Staatssekretär Horst Ehmke die Funktionäre der verbotenen KPD, Gretel Thiele und Max Schäfer. Gegenstand des Gesprächs war der Weg zur Neugründung einer kommunistischen Partei. Schäfer hatte Bedenken, ob nicht diese Partei sofort als Ersatzorganisation der verbotenen KPD aufgelöst werde. Der Minister verwies ihn auf das Strafrechtsänderungsgesetz, das ein solches Verfahren ausschließe. Der Staatssekretär Ehmke schlug einen Brief an die Bundesregierung vor, in dem die Gründer mitteilten, an welchem Tag und Ort sie beabsichtigten, die neue Partei zu gründen und ob die Regierung „eine solche Gründungsversammlung zulassen werde.“¹⁰

VII. Parallelwelten: Die SED betrieb den Weg der „Neukonstituierung“

Ihre gesamtdeutsche Propaganda hatte die SED längst eingestellt, sie forderte von der Bundesrepublik die Anerkennung als souveräner zweiter deutscher Staat. Am 5. Dezember 1967 zog Ulbricht anlässlich einer gemeinsamen Beratung des KPD-Programms aus seiner Zwei-Staaten-These die Konsequenz für den Weg zur Relegalisierung der kommunistischen Partei in der Bundesrepublik. „Nach meiner Meinung

¹⁰ Vermerk: Neugründung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland, zitiert nach: Wilhelm Mensing: Wir wollen unsere Kommunisten wiederhaben drei Punkte, Osnabrück 1989, S. 126.

müsst Ihr euch KP der Bundesrepublik nennen. Was ist denn dabei? Es gibt zwei deutsche Staaten, es gibt die SED in der DDR, daran ist nichts zu ändern, und in der Bundesrepublik die kommunistische Partei der Bundesrepublik. Damit seit ihr in Westdeutschland vollständig legalisiert, seid ihr keine Partei, die von Berlin aus importiert wurde. Wie ihr das macht, welche Erklärung ihr darüber abgeben, dass müßt ihr euch überlegen."¹¹

Ende Mai 1968 trafen sich die Führungen von SED und KPD um über das Angebot der Innenminister zu beraten. Einhellig war man sich einig, keine Neugründung zu akzeptieren, „wenn damit die Abgrenzung von der SED, von der Sowjetunion und vom Marxismus-Leninismus verbunden wäre.“¹² Die Würfel fielen vermutlich am 29. Mai 1968 auf einer gemeinsamen Sitzung der Parteiführungen von SED und KPD. Max Reimann, der Vorsitzende der KPD, wollte im Widerspruch zu Ulbricht den Parteinamen auf keinen Fall ändern, weil er immer noch an der Perspektive „eines einheitlichen deutschen Nationalstaates festhält.“¹³ Er blieb offenbar in der Minderheit, im Politbüro der KPD plädierten Herbert Mies, der spätere Vorsitzende der DKP, der ZK-Mitarbeiter Manfred Kapluck und Josef Ledwohn für die Ulbricht-Linie: „ausgehend von dem Programm, von einem neuen Statut und mit einem neuen Namen die Partei auf einem legalen Parteitag in der Bundesrepublik zu konstituieren. Sollte der Gegner diesen Schritt als Neugründung deklarieren, so brauche das die Kommunisten nicht zu stören. Entscheidend sei, dass die legale Konstituierung der Partei auf der Basis eines marxistisch-leninistischen Programms und Statuts

¹¹ Hans- Peter Müller: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, in: Materialien der Enquete- Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (zwölfte Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band V/2, Baden-Baden 1995, S

¹² Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, ebenda, S. 1886

¹³ Die Westarbeit der SED am Beispiel DKP, ebenda, S. 1887

erfolgt. Entweder kommt die Partei damit durch oder der Gegner wird vollkommen entlarvt; auf jeden Fall werden seine Manöver mit einer Neugründung durchkreuzt.“¹⁴

Wenige Tage vor dem Gespräch zwischen Heinemann und den KPD-Funktionären formulierte das für die Anleitung der KPD zuständige Arbeitsbüro im ZK der SED in Ost-Berlin, ein Konzept mit dem Titel „Über die weitere Entwicklung der kommunistischen Partei in Westdeutschland.“ Es waren konkrete Vorstellungen über den Fahrplan für den Wechsel von der Illegalität zur Legalität einschließlich der ersten Schritte nach der erfolgten Gründung. Vorrangig war für die SED-Funktionäre das Verhältnis zwischen der neuen Partei und der SED. Priorität besaß der Transfer der KPD-Funktionäre aus der DDR in die Bundesrepublik und ihr Einsatz als hauptamtliche Mitarbeiter in der neuen Partei. Im Gegensatz zu Reimann behandelten die SED-Funktionäre die Frage des Parteinamens rein taktisch. Für sie war nur wichtig, dass unter einem neuen Namen die alten von der SED geprüften Kader der KPD weiter arbeiten. Kritisch forderte das Arbeitsbüro, die SED habe dafür zu sorgen, „daß die neue Partei keine Befugnis hat, selbstständig strategische und taktische Überlegungen auszuarbeiten und Schulungsmaterialien zu entwerfen; das schließlich in allen ideologischen Fragen die Letztentscheidung bei der SED liegen sollte.“¹⁵

Der Bundesjustizminister dachte an Recht und Verfassung, die SED an die Kontrolle über die westdeutschen Kommunisten. So sahen die

¹⁴Die Westarbeit der SED am Beispiel DKP, ebenda, S. 1887

¹⁵ Hans- Peter Müller: Die Westarbeit der SED am Beispiel der DKP, ebenda.S. 1890

Parallelwelten für die westdeutschen Kommunisten im geteilten Land aus.

Die SED brauchte für die Durchsetzung der staatlichen Anerkennung der DDR und die künftige innerdeutsche Politik eine legale Interessenvertretung in der Bundesrepublik - nicht die Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik hatten dieses Bedürfnis, wie es die DKP-Propaganda unermüdlich behauptete.

Am 25. September 1968 gab der Bundesausschuss der Deutschen Kommunistischen Partei durch seinen Sprecher Kurt Bachmann die Konstituierung der Partei bekannt. Die DKP erschien nach ihrer Satzung als eine ganz normale Partei, der formale Parteaufbau entsprach den Vorschriften des Parteiengesetzes. Es gab aber auch „ungeschriebene Gesetze“ in einer kommunistischen Partei, dazu zählte das Fraktionsverbot in ihren Reihen. Ein solches Verbot formulierte die DKP in ihrem Programm von 1978: „Die Bildung von Fraktionen ist unvereinbar mit dem einheitlichen Handeln der Partei.“¹⁶

Die DKP war alles andere als eine normale Partei der Bundesrepublik. Sie unterhielt eine streng geheime Militärorganisation (MO), die im Einvernehmen mit der SED-Spitze gebildet wurde. Das war ein Unternehmen zur Ausbildung von Sabotage- und Terrorkadern der DKP in der DDR, die im Ernstfall eines militärischen Konfliktes in der Bundesrepublik eingesetzt werden sollten.¹⁷

Bei Bundestags- und Landtagswahlen war der DKP bis 1989 kein Erfolg beschieden, was viele Beobachter zu dem Fehltrug verleitete, sie habe

¹⁶ Manfred Wilke, Hans-Peter Müller, Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Köln 1990, S. 93

¹⁷ Vgl. dazu: Udo Baron, „Gruppe Ralf Förster“ – Die geheime Militärorganisation von DKP und SED in der Bundesrepublik, in Deutschland-Archiv 6/2005, S. 1009-1015 und Rudolf van Hüllen: Gescheiterte Revolutionsträume: Die Enttarnung der geheimen „Militärorganisation“ der DKP 1989, in: Verfassungsschutz in der freiheitlichen Demokratie. 60 Jahre Landesamt für Verfassungsschutz, Wiesbaden 2011, S. 164-182.

im politischen Leben der Bundesrepublik keine Rolle gespielt. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag in der Unterstützung und der Einflussnahme auf außerparlamentarische Protestbewegung. Ihr größter Erfolg war zugleich ihr letzter, die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss 1979-1983.